

agrarzeitung, 31.07.2020

Dr. Heike Harstick,

Hauptgeschäftsführerin Verband der Fleischwirtschaft (VDF), Bonn

Produktionskosten werden steigen

Gesetzesentwurf zu Werkverträgen ist für Branche

Große Herausforderung

Die Unternehmen der Fleischwirtschaft werden die volle Verantwortung für die bei ihr in der Produktion Beschäftigten übernehmen und auf Werkverträge mit Subunternehmen verzichten. Wir befürchten allerdings, dass der vorliegende Gesetzesentwurf europa- und verfassungsrechtlich nicht standhält. Damit wäre eine erhebliche und unzumutbare Rechtsunsicherheit für die Branche verbunden.

Der aktuelle Entwurf ist unklar und greift massiv in die gesellschaftsrechtlichen Strukturen der Firmen ein. Kooperationen und Gemeinschaftsunternehmen werden faktisch verboten. Bei enger Auslegung wären auch Lohnschlachtungen oder Markenfleischprogramme, bei denen mehrere Unternehmen in der Kette zusammenarbeiten, in der heutigen Form nicht mehr möglich. Das alles hat mit Arbeitsschutz absolut nichts zu tun. Viele kleine, mittelständische Betriebe mit regionaler Bedeutung können keine Vollzeitbeschäftigung bieten, weil sie nicht durchgängig an jedem Wochentag schlachten oder zerlegen. Der im Gesetzesentwurf vorgesehene Schwellenwert von 50 Beschäftigten wird nicht ausreichen, um diesen Betrieben eine Überlebenschance zu bieten. Damit läuft der Gesetzesentwurf zudem völlig konträr zu den Forderungen vieler Politiker nach Förderung regionaler

Schlachtstätten. Darüber hinaus würde ein gleichzeitiges Verbot von Arbeitnehmerüberlassung das Problem für kleinere Betriebe drastisch verschärfen. Und auch große Betriebe können auf Zeitarbeit nicht vollständig verzichten, da es immer wieder Situationen gibt, in denen kurzfristig und vorübergehend Personal ersetzt oder ergänzt werden muss.

Sollte das Verbot dennoch rechtskräftig werden, ist mit einem Produktionsrückgang zu rechnen und kleinere Betriebe müssten ganz aufgeben. Die Umstellung von Werkvertrag auf Direktanstellung ist für die Unternehmen eine große Herausforderung, insbesondere hinsichtlich Personalfindung und -verwaltung. Aufgrund des höheren Verwaltungsaufwands sowie möglicherweise zusätzlichen finanziellen Anreizen, die zur Mitarbeiterwerbung notwendig werden, ist zudem mit steigenden Produktionskosten zu rechnen.